

Titel: B-Pläne 23 und 70.1 aussetzen**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	12.01.2021
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	21.01.2021	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bearbeitung der Bebauungspläne Nr. 23 „Möbelmärkte südlich der Werftstraße“ und Nr. 70.1 „Erweiterung Einkaufszentrum Strelapark“ wird so lange ausgesetzt, bis verlässliche Einschätzungen und Erkenntnisse zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise für den Einzelhandel in Stralsund.

Begründung:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI legte bereits im Rahmen der Beratungen zum Bebauungsplan 70.1 einen Antrag vor, der auf ein Aussetzen des Verfahrens gerichtet war und darauf hinwies, dass der Einzelhandel in der Hansestadt Stralsund von der Coronakrise schwer getroffen wird. Die Situation für den Einzelhandel hat sich in den letzten Wochen noch einmal deutlich verschärft. Besonders betroffen sind viele kleine Unternehmen, die in ihrer Existenz gefährdet sind.

Es ist bekannt, dass durch eine Realisierung der Bebauungspläne 23 und 70.1 ein erheblicher Wettbewerbsdruck auf die kleineren Unternehmen aufgemacht wird. Es wäre daher unverantwortlich, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 23 „Möbelmärkte südlich der Werftstraße“ und des Bebauungsplans 70.1 zur „Erweiterung des Einkaufszentrums Strelapark“ in Kenntnis der coronabedingten Auswirkungen für den Einzelhandel in der Altstadt unbeirrt weiter fortzuführen.

Es ist sinnvoll, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise für den Einzelhandel zunächst einzuschätzen und erst dann abzuwägen, welche Konsequenzen eine Fortführung des Verfahrens zu den beiden Bebauungsplänen hätte.

Jürgen Suhr
Fraktionsvorsitzender